

Maren Kern: Anschlussregelung für die Altschuldenhilfe muß jetzt kommen

Schulterschluss zwischen Landesregierung und Wohnungswirtschaft: „Der Bund muss klar sagen, wie und wann eine Fortschreibung zur Altschuldenhilferegelung kommt“, unterstrichen Brandenburgs Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger und BBU-Vorstandsmitglied Maren Kern anlässlich der BBU-Tage, die vom 1. bis 3. März in Bad Saarow stattfanden.



Die BBU-Tage rund 1.000 Gäste aus Wohnungsunternehmen, Politik und Wirtschaft sind die größte wohnungswirtschaftliche Fachveranstaltung der Hauptstadtregion. „Wir freuen uns sehr, dass die BBU-Tage einer der ersten Termine ist, die Jörg Vogelsänger in seiner neuen Funktion wahrnimmt. Das setzt Maßstäbe für die weitere Zusammenarbeit“, so Maren Kern.

Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger: „Der Stadtumbau Ost muss konsequent fortgesetzt werden. Das wird aber nur gelingen, wenn das erfolgreiche Programm weiterhin von einer leistungsfähigen Altschuldenhilferegelung flankiert wird. Hier erwarten wir vom Bund ein klares Bekenntnis.“

BBU-Vorstandsmitglied Maren Kern: „Den jüngsten Bevölkerungsprognosen nach wird das Land Brandenburg bis 2060 über ein Drittel seiner Einwohner verlieren. Dadurch werden weitere Zehntausende Wohnungen leer fallen. Sie werden aber nur dann abgerissen werden können, wenn sie alle von Altschulden entlastet werden.“ Ohne den Abriss von weiteren Wohnungen drohe im Land Brandenburg die Entstehung von Geisterstädten. Wenn nicht bald eine Anschlussregelung für die Altschuldenhilfe komme, drohe der Stadtumbau Ost zum Erliegen zu kommen.

Vogelsänger und Kern betonten, dass darüber hinaus mehr Flexibilität in den Förderregularien notwendig sei: „Wir brauchen in der zweiten Phase des Stadtumbaus noch mehr Freiheiten beim Einsatz der Mittel für Abriss und Aufwertung. Der Stand des Stadtumbaus ist in den Brandenburger Städten sehr unterschiedlich. Einige sind beim Abriss schon sehr weit und brauchen jetzt mehr Aufwertungsmittel. Andere kommen jetzt erst so richtig beim Abriss in Fahrt und brauchen die Aufwertungsförderung erst in den kommenden Jahren.“

Bisher sind in den 33 Brandenburger Stadtumbaustädten 50.000 Wohnungen abgerissen worden, die meisten in Cottbus (8100), Frankfurt (Oder) (6500), gefolgt von Schwedt (5300), Eisenhüttenstadt (3600), Brandenburg/Havel (2700) und Guben (2200). Dadurch wurde das Programmziel bereits ein Jahr früher erreicht als ursprünglich vorgesehen.

BBU-Vorstandsmitglied Maren Kern, Foto- BBU

Dr. David Eberhart